

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 06.09.2007**

***öffentlich***

**Ort:** Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
Schopenhauerstraße 4

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 19:15 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Thomas Godenrath	
Frau Heike Wießner	
Frau Ute Haupt	
Herr Hendrik Lange	
Frau Hanna Haupt	Bis 18.00 Uhr anwesend
Frau Gertrud Ewert	
Frau Elke Schwabe	
Frau Dr. Regine Stark	
Frau Petra Meißner	
Herr Leonhard Dölle	
Frau Beate Gellert	
Frau Antje Klotsch	
Herr Uwe Kramer	bis 18.50 Uhr anwesend
Herr Dr. Peter Piechotta	
Herr Winfried Weber	
Frau Renate Leonhard	bis 18.00 Uhr anwesend
Frau Peggy Rarrasch	
Herr Torben Sarunski	
Herr Lothar Rochau	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Helmut Becker	
Frau Dagmar Deckwerth	entschuldigt
Herr Herbert Jomrich	entschuldigt
Herr Max Privorozki	entschuldigt
Frau Dr. Christine Slomka	entschuldigt
Frau Petra Schneutzer	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 03. Juli 2007
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Vorstellung des Vereins Kaltstart e.V.
- 6. Bericht zum Projekt "Spielplatztester" des Kinder- und Jugendrates  
Berichterstattung: Philipp Pieloth, stellv. Vorsitzender des Kinder- und Jugendrates
- 7. Aktueller Stand zur Situation im Bereich Hilfen zur Erziehung
- 8. Vorlagen
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 10. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 11. Beantwortung von Anfragen
- 12. Anregungen
- 13. Mitteilungen  
- der Verwaltung zum Stand Projektförderung

## **zu Kinder- und Jugendsprechstunde**

Da keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde erschienen waren, eröffnete Frau Hanna Haupt gleich die Sitzung.

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Hanna Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Hanna Haupt** stellte die Tagesordnung fest und fragte, ob es Änderungswünsche hierzu gibt.

**Herr Weber** sprach an, dass aus aktuellem Anlass als nächster TOP, vorab der anstehenden TOP, zur Situation im HzE-Bereich gesprochen werden sollte. Die Träger der freien Jugendhilfe möchten aktuell von der Verwaltung zum gegenwärtigen Stand informiert werden. Er verwies darauf, dass auch im Gästebereich etliche Träger als Zuschauer heute deswegen zugegen sind.

**Frau Hanna Haupt** antwortete, dass die Verwaltung hierzu im nichtöffentlichen Teil der Sitzung unter Mitteilungen informieren wollte.

**Herr Weber sprach an**, dass Jugendhilfe ein öffentliches Anliegen sei und somit dem öffentlichen Charakter Rechnung getragen werden sollte.

**Herr Rochau antwortete**, dass es hierzu eine interne Dienstanweisung für die MitarbeiterInnen des Fachbereiches gibt und er deshalb im nichtöffentlichen Teil informieren möchte.

Durch **ein Mitglied (STR)** wurde der Vorschlag unterbreitet, dass einer Mitteilung bereits im öffentlichen Teil nichts entgegen spricht, da auch zahlreiche Vertreter aus der Trägerlandschaft anwesend sind. Herr Rochau sollte dann weiterführend im nichtöffentlichen Teil dazu informieren, was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. In diesem Zusammenhang wurde angesprochen, dass der Quartalsbericht HzE auch in der Sitzung hätte erfolgen sollten, damit alle insgesamt zum Stand informiert sind. Dies wird vierteljährlich gefordert.

**Herr Rochau sprach an**, dass es um personelle, strukturelle und HH-konsolidierungsmaßnahmen geht, weswegen er im nichtöffentlichen Teil informieren möchte.

Frau Klotsch stellte einen Antrag zur Änderung der Tagesordnung und bat um Aufnahme des gewünschten TOP.

Diesem Antrag wurde zugestimmt und Frau Hanna Haupt nahm als TOP 7 nachträglich in die Tagesordnung auf „Stand zur Situation im HzE-Bereich“.

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 03. Juli 2007**

Der Niederschrift wurde ohne Änderungen zugestimmt.

### zu 4 **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Frau Hanna Haupt** gab bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03. Juli 2007 die unbefristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII und § 14 des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes des LSA vom 05. Mai 2000 für die FAA Bildungsgesellschaft mbH, Südost, Zum Heizkraftwerk 10, 06112 Halle einstimmig erfolgte.

Dies wurde zur Kenntnis genommen.

### zu 5 **Vorstellung des Vereins Kaltstart e.V.**

**Frau Hanna Haupt** begrüßte die zwei Vertreterinnen des Vereins Kaltstart e.V. und erteilte diesen das Wort.

**Die Vertreterinnen** informierten darüber, dass der Verein seit 1998 ein Improvisationstheater betreibt und seit 2003 die Vereinsbildung erfolgte. Sie verwiesen darauf, dass der Verein sich stark in der Theaterarbeit mit Kindern und Jugendlichen engagiert. Es gibt zwei Kindertheatergruppen, in welcher Kinder von 6 – 12 Jahren mitwirken. Die Arbeit wurde kurz beschrieben.

Anfrage durch ein **Mitglied (skE)** wo die Veranstaltungen stattfinden

**Es wurde geantwortet**, dass als Partner des Vereins die HWG gewonnen werden konnte, welche ihnen für 1 Jahr einen Proberaum zur Verfügung gestellt hat. Weiterhin spielen sie in der Theatrale oder entsprechend der Anfragen dort vor Ort.

Anfrage durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wie sich die Vereinstätigkeit finanzieren lässt bzw. worüber eine Förderung erfolgt.

**Frau Soell antwortete**, dass projektbezogene Fördermittel genutzt werden. Der Verein stellte viele Anträge, welche allerdings noch nicht alle positiv beschieden worden sind. Für 2008 wurde ein Projekt geplant, wo auf Fördermittel gehofft wird.

Anfrage durch ein **Mitglied (StR)** wie die Anfragen an den Verein zu Auftritten erfolgen bzw. ob in Schulen generell aufgetreten wird und wie dies bekannt wird. Wie viel Mitglieder sind im Verein.

**Es wurde geantwortet**, dass Schulen den Verein anrufen können, damit es dort zu Auftritten kommt. Da Jugendliche mitwirken spricht sich natürlich sehr schnell unter den Jugendlichen rum, wo die Auftritte sind. Der Verein setzt sich aus 10 Mitgliedern, überwiegend aus dem pädagogischem Bereich zusammen. Sie selbst haben die Ausbildung eines Theaterpädagogen, der Verein arbeitet ehrenamtlich und ist an weiteren Mitgliedern sehr interessiert.

Es gab keine weiteren Anfragen.

**Frau Hanna Haupt** dankte den Vertreterinnen des Vereins für die Vorstellung.

**zu 6 Bericht zum Projekt "Spielplatztester" des Kinder- und Jugendrates  
Berichterstattung: Philipp Pieloth, stellv. Vorsitzender des Kinder- und Jugendrates**

**Frau Hanna Haupt** begrüßte vom Kinder- und Jugendrat Philipp Pieloth und erteilte diesem Rederecht.

**Philipp erläuterte** anhand einer Powerpointpräsentation die Ergebnisse aus den Spielplatztest, welche durch den Kinder- und Jugendrat durchgeführt wurden. U.a. betraf dies die Spielplätze Pestalozzipark, Stadtpark, „Drachennest“, Am Rennbahnkreuz. In der Gesamtübersicht war von 10 Spielplätzen die Rede und die vergebene Endnote nach entsprechenden Kriterien. Kritikpunkte bei der Punktvergabe waren u.a. die Gepflegtheit des Spielplatzes, in der Nähe befindliche WC (kostenfrei); Verletzungsgefahr. Unter [www.halle.de](http://www.halle.de) sind die Ergebnisse ebenfalls abrufbar. Der Kinder- und Jugendrat möchte eine Aktion „Heinzelmännchen“ im Herbst durchführen. Die Kinder und Jugendlichen wollen zur Pflege von Spielplätzen beitragen. In der AG „Spielplätze“ sollen die Spielplatztestergebnisse ebenfalls vorgestellt werden. Philipp informierte darüber, dass Ende diesen Jahres der Vorstand des Kinder- und Jugendrates neu gewählt wird und lud hierzu interessierte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses dazu ein.

Durch **ein Mitglied (StR)** wurde angefragt, wie viel Personen bei den Tests befragt wurden und wie die Verwaltung mit diesen Ergebnissen jetzt umgeht.

**Philipp antwortete**, dass die Resonanz auf die Umfrage groß war. Auf den Spielplätzen wurden mindestens 10 Personen befragt. Es sind jetzt auch verschiedene Hortgruppen unterwegs, um Spielplätze in ihrer Umgebung zu bewerten. Diese Bewertungen werden nachfolgend an die online Redaktion weiter gegeben.

**Herr Rochau sprach** an, dass im Januar 2006 durch Herrn Godenrath die Idee zu Spielplatztests eingebracht wurde. Dies wurde durch den Kinder- und Jugendrat aufgegriffen. Her Weiske arbeitet in der AG Spielplätze mit, die Ergebnisse werden dort mit aufgenommen werden. Mit ZGM muss gesprochen werden, wie mit wenigen Haushaltsmitteln eine Verbesserung der Spielplätze angestrebt werden kann.

Anfrage durch ein **Mitglied (StR)** ob es Kontakte zu den Spielplatzdetektiven in Magdeburg gibt.

**Philipp antwortete**, das es diese Kontakte noch nicht gibt, dieser wird noch gesucht werden.

Durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wurde angefragt, wie es sein kann, dass auch mangelnde Sicherheit auf den Spielplätzen festgestellt wurde, wo doch durch den TÜV alle Geräte überprüft werden müssen.

**Philipp antwortete**, dass diese Ergebnisse zur Verletzungsgefahr durch die befragten Personen festgestellt wurden, u.a. vor allem durch herumliegende Glasscherben auf den Spielplätzen, was also weniger mit den Geräten dort zusammenhängt.

Es gab keine weiteren Anfragen und **Frau Hanna Haupt** dankte Philipp für seine Ausführungen.

## zu 7      **Aktueller Stand zur Situation im Bereich Hilfen zur Erziehung**

**Herr Rochau** gab eine Information zur Situation im HzE-Bereich ab.

Er teilte mit, dass mit dem im Jugendhilfeausschuss 10/2006 beschlossenen Fachkonzept in der Stadt Halle (Saale) der Umbau der Jugendhilfe eingeleitet worden ist.

Die Verwaltung hat deutlich gemacht, wie Ressourcen genutzt werden sollen. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden gegenwärtig noch nicht so konsequent und zukunftsorientiert eingesetzt wie es erforderlich ist. Auch in der Jugendhilfe muss eine stärkere Dienstleistungsorientierung erfolgen. Für 2007 stehen 16,5 Mio € an Haushaltsvolumen im HzE-Bereich zur Verfügung. Die gegenwärtige Entwicklung zeigt aber, dass es sich in dem Bereich auf die 20 Mio € bewegt. Eine konsequente Überprüfung und Neuausrichtung von Hilfsangeboten muss demzufolge auf der Grundlage des Fachkonzeptes erfolgen. Für das Jahr 2007 kann die Haushaltskonsolidierung von 2 Mio € in diesem Bereich noch nicht erbracht werden. Es soll aber zu keinen Aufwüchsen mehr kommen. Das was an Ressourcen vorhanden ist und auch vereinbart wurde muss zielorientiert umgesetzt werden. Die Unterstützung von Familien soll abgesichert werden. Der Fachbereich ist aufgefordert, gemeinsam mit den Partnern in der Jugendhilfe, mit den vorhandenen Ressourcen im Sozialraumbezug Kunden- und Dienstleistungsorientiert die Vorgaben einzuhalten. Die Kostenentwicklung in diesem Bereich muss gesehen und verfolgt werden. Die Sozialraumorientierung wurde seit 1 Jahr gemeinsam mit den Trägern verfolgt. Bei den Inobhutnahmen und den Sorgerechtsentzügen ist die Entwicklung der Fallzahlen schwierig. Der Fachbereich ist aufgefordert, insbesondere die Umsetzung des Fachkonzeptes gemeinsam mit den freien Trägern voranzutreiben und die Ressourcen voll auszunutzen.

**Frau Klotsch** beantragte Rederecht für den Sprecher des Arbeitskreises Freie Träger Erziehungshilfen, Herrn Steffen Kröner, um die Meinung der freien Träger hierzu verdeutlichen zu können.

Frau **Hanna Haupt** erteilte Herrn Kröner Rederecht und bat dies auf 10 min zu beschränken.

**Herr Kröner** stellte sich vor und teilte mit, dass der Arbeitskreis Freie Träger Erziehungshilfen die Trägerlandschaft im Bereich Erziehungshilfen repräsentiert. Er machte deutlich, dass es sich in diesem Bereich überwiegend um Kinder in Not handelt, deren Wohl überwiegend bedroht und bereits geschädigt ist. An den Fachbereich erfolgte bereits im Juli eine Einladung in den Arbeitskreis, das Gespräch wurde leider abgesagt. Es sollen bis zu 90 aller stationären/teilstationären Hilfen abgebaut bzw. umgewandelt werden. Es handelt sich hier um bereits bewilligte Hilfen. Das würden 260 – 300 Einzelfallhilfen betreffen. Bei 90% würden 10% bleiben, das wären gerade mal 25 Plätze. Es handelt sich um Kinder aus Drogenabhängigen Elternhäusern, Missbrauchsfälle etc. Er verwies auf den Druck über die Medien, welche sofort bei Fällen reagieren, wo es um Gesundheit und Leben von Kindern und Jugendlichen geht. Es muss um die Sicherung von Kindeswohl gehen, jetzt liegt die Fokussierung auf der Erfüllung von Haushaltszielen und –entwicklungen. Zieht ein Umbau tatsächlich eine enorme Haushaltseinsparung nach sich. Jetzt im September wurde durch die Verwaltung verkündet, was bis Ende diesen Jahres alles erreicht werden muss. Die freien Träger haben seit längerer Zeit Hinweise gegeben. Seit 1 Jahr gibt es keine funktionierende Planungsgremien mehr. Die Jugendhilfeplanung im HzE-Bereich wurde 2005 beendet und nichts Gleichwertiges mehr geschaffen. Das Angebot der freien Träger zur gemeinsamen Planung in diesem Bereich wurde nicht angenommen. Es gibt im Bereich HzE eine qualifizierte Hilfeplanung, eine AG § 78 gab es. Die AG funktionierte gut, dieses Gremium wurde aufgelöst, diese sollte wieder eingeführt werden. Die freien Träger glauben nicht, dass über die Planungsgruppen und Quartiersrunden die Probleme im HzE Bereich qualifiziert angegangen werden können.

**Frau Gellert sprach an**, dass es im Süden eine große vernetzte Gruppe gibt. Seit Monaten wurde dort festgestellt, dass vermehrt Aggression und Gewalt in Elternhäusern eine große Rolle spielen und dies zunimmt. Einsätze der Polizei bestätigen diese Tendenz. Eltern verfügen kaum noch über die notwendige Erziehungskompetenz. Junge Familien vernachlässigen ihre Kinder, Eltern reden und spielen nicht mehr mit ihren Kindern. Eine Zunahme von gewaltbereiten Männern, welche Frauen schlagen – insbesondere auch im Migrantenbereich – ist zu verfolgen. Diese Frauen trauen sich nicht über ihre Probleme zu sprechen und Hilfen in Anspruch zu nehmen. Die Bemühungen im präventiven Bereich sind groß, oftmals kann dort nicht mehr so gearbeitet werden, da alles zu kaputt ist. Dies gibt sie hierbei auch zu bedenken.

**Herr Dr. Marquardt sprach an**, dass es demzufolge zwei Schlussfolgerungen hierzu gibt:

- a) die Kinder gehören nicht in die Familien zurück
- b) wir überlassen dann den Familien mit Kindern wie diese damit klar kommen.

Er sprach an, dass im Bereich der Prävention durch die Stadt als auch die freien Träger viel geleistet wird. Die Stadt hat hierbei eine größere Komplexibilität im Auge. Es muss ein gemeinsamer Weg gefunden werden, das Problem an der Wurzel zu packen. Familien müssen gestärkt werden. Die Verwaltung hat im Blick, gemeinsam mit den Trägern der freien Jugendhilfe hier komplexer vorzugehen. Er betonte, dass es nicht um die Auflösung von Hilfen zur Erziehung geht. Er bat darum, dass das Vorgehen der Verwaltung nicht als Angriff auf Bewährtes anzusehen ist.

**Herr Rochau sprach an**, dass es auch um die Frage der eigenen Profession geht. Diese steht jetzt auf dem Prüfstand. Die Verwaltung hat jetzt einen Weg vorgeschlagen, welcher stringent und konsequent verfolgt werden soll. Die Familien benötigen Unterstützungsangebote, die frühzeitiger greifen sollen. Hier hat die Jugendhilfe einiges zu bieten.

**Frau Schwabe sprach an**, dass man nie wieder so dicht an Familien dran ist wie im Kindergartenalter von 0 – 6 Jahren. Einzelfälle sind dramatisch und schlimm, dennoch muss weiter bereits frühzeitig in der Arbeit mit den Familien angesetzt werden. Und das nicht nur, um immer die Fallzahlen hin und her zu schieben und Hilflosigkeit zu signalisieren.

**Frau Klotsch sprach an**, dass durch die Verwaltung ein Auftrag erfolgte, Fälle schnell zu beenden bzw. Hilfen umzubauen. Durch den Sprecher des Arbeitskreises in diesem Bereich wurde heute auf den Schutzauftrag zum Kindeswohl hingewiesen. Dieser sollte nicht aus den Augen verloren werden. Frau Klotsch erläuterte ausführlich und emotionsvoll ihre Sichtweise zur jetzigen Herangehensweise, der sie so nicht folgen kann.

**Herr Dr. Marquardt bedauerte** die Schärfe in der jetzigen Diskussion und mahnte eine sachliche Umgehensweise miteinander an. Klar ist, dass die Haushaltskonsolidierung dieses Jahr nicht erreicht werden kann. Es geht darum, einen Weg zu finden, weniger Hilfen zur Erziehung zu benötigen. Eine komplexere Arbeit im präventiven Bereich soll passieren. Familie soll als Ganzes angesehen werden. Die Verwaltung will nicht die Kinder „vor die Tür setzen“, wie jetzt teilweise unterstellt wurde sondern andere Wege als bisher gehen und familienunterstützende Maßnahmen und Kindeswohl sichern.

**Herr Rochau verwies** darauf, dass er es bedauert, dass jetzt im öffentlichen Teil solche Diskussionen geführt wurden. Aus diesem Grund wollte er es auch im nichtöffentlichen Teil behandelt wissen.

**Herr Weber merkte an**, dass derzeit kein fachlicher Dialog geführt wird. Die freien Träger mahnen an, dass eine fachliche Auseinandersetzung zwischen ihnen und der Verwaltung passieren soll. Die freien Träger sind über die jetzt passierende abrupte Umsteuerung betroffen. Im Hilfeplan sind jeweils die vorübergehenden oder dauerhaften Hilfelösungen



festgeschrieben , damit ist man bisher gut gefahren. Zur Zeit haben wir „eine Nachwendegeneration“. In einem viertel Jahr kann jetzt nicht das aufgeholt werden, was über Jahre in diesen Familien passiert ist. Bundesweit ist ein Trend mit einem Aufwuchs an solchen Problemen zu verzeichnen.

**Herr Godenrath** mahnte ebenfalls eine sachliche Umgangsweise miteinander an, da eine Zusammenarbeit der Sache wegen gut erfolgen sollte. Er verwies darauf, dass die Verwaltung den HzE-Quartalsbericht vorzulegen hat. Dann ist für die Mitglieder die dortige Entwicklung auch transparenter ablesbar.

**Herr Lange** sprach an, dass die Stadträte über die Situation informiert sein müssen und Lösungswege gefunden werden sollten. Herr Rochau sollte im nichtöffentlichen Teil noch Wesentliches dazu sagen.

**Herr Kröner** wies darauf hin, dass sein Redebeitrag nicht seine persönliche Meinung war sondern eine abgestimmte Sicht der Träger der Erziehungshilfe der Stadt Halle (Saale). Er hat als Gast versucht, dies emotionslos und sachlich vorzutragen und seine Emotionalität hierbei zu unterdrücken.

**Herr Weber** bat um Klärung, ob die AG § 78 wieder an einen Tisch kommen kann.

**Herr Rochau antwortete**, dass die Zusammensetzung der Sozialraumplanungsgruppen vorliegt, dies wurde auch im Fachkonzept so vereinbart und wurde so verabschiedet. An diesen Beschluss hat er sich zu halten.

**Herr Weber** wies darauf hin, dass in den meisten Sozialraumplanungsgruppen nur 1 Vertreter aus dem HzE-Bereich dabei ist. Mit wem soll dann dort zu HzE fachlich diskutiert werden. Die Arbeitsgruppe sollte wenigstens für einen begrenzten Zeitraum wieder aktiviert werden.

**Herr Rochau antwortete**, dass die Planungsgruppen in den Sozialräumen entsprechende Gremien zur fachlichen Diskussion sind. Er bietet den Trägern der Erziehungshilfe an, Ende diesen Monats ein gemeinsames Gespräch zu führen.

**Dr. Marquardt** unterstützt diesen Vorschlag und würde am Termin mit teilnehmen.

**Frau Hanna Haupt** beendete die Diskussion und verwies auf eine Weiterführung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

## **zu 8        Vorlagen**

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass keine Vorlagen zur Behandlung anstehen.

## **zu 9        Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge vor.

## **zu 10      Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern**

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass zwei Anfragen von Ute Haupt zur Beantwortung durch die Verwaltung vorliegen.

Diese Anfragen einschließlich die Beantwortung zur 2. Anfrage werden der Niederschrift angehängen.

Die erste Anfrage konnte kurz beantwortet werden. **Herr Rochau** hat sich hier mit der ARGE verständigt und verwies darauf, dass durch die ARGE keine pädagogische Bewertung von Klassenfahrten vornimmt. Dort sitzen Sachbearbeiter die fallbezogen arbeiten. Er gab das Wort an Frau Simon von der ARGE weiter.

**Frau Simon antwortete**, dass Klassenfahrten als einmalige Beihilfen unterstützt werden können. Dafür gibt es Bewertungen. Es darf keine Tagesfahrt sein. Geld soll nicht an Eltern sondern an die Schule überwiesen werden, um zweckentsprechend verwendet zu werden.

**Herr Rochau ergänzte**, dass bei Kindern, welche im HzE-Bereich sind dies durch den Fachbereich übernommen wird.

### **Weitere Anfragen**

**Frau Gellert** fragte an, ob für sozial benachteiligtes Klientel eine Ratenzahlung für die Hundesteuer möglich ist. Viele können nicht im Januar auf einmal die Summe aufbringen, müssten ihr Tier sonst abgeben.

**Frau Hanna Haupt antwortete**, dass dies bereits geregelt ist. Ratenzahlungen sind möglich.

**Frau Klotsch** fragte zur bisherigen differenzierten Regelung im Kita-Bereich an, einmal gibt es die Rahmenvereinbarung zum anderen die Förderrichtlinie. Was sind jetzt die Änderungen zukünftig.

**Herr Rochau antwortete**, dass die Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen zum 01.01.2008 greifen soll. Im Oktober steht die Vorlage hierzu auf der Tagesordnung (Sondersitzung 25.10.2007). es soll eine einheitliche Finanzierungsgrundlage erfolgen.

### **zu 11 Beantwortung von Anfragen**

**Herr Rochau beantwortet unter TOP Mitteilungen** die Anfragen aus der letzten Sitzung im Juli zur Projektförderung. (siehe Anlage)

### **zu 12 Anregungen**

**Frau Ute Haupt** verwies auf ein ultimatives Bewegungsangebot für Kinder von 0 – 6 Jahren beim SSB-Kinder-Sport-Haus und verteilte einen Flyer dazu.

### **zu 13 Mitteilungen - der Verwaltung zum Stand Projektförderung**

**Herr Rochau beantwortete** die Anfragen zur Projektförderung aus der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03. Juli 2007 (siehe Anlage).

**Frau Hanna Haupt** sprach an, dass sich im Oktober auf Grund der Vielzahl an Prioritäten eine Sondersitzung erforderlich macht. Am 11.10. ist die gemeinsame Sitzung mit dem Bildungsausschuss und anschließend wird einzeln weiter beraten.

**Festlegung: Sondersitzung am Donnerstag, dem 25. Oktober 2007 ab 16.00 Uhr im Fachbereich in der Schopenhauerstraße 4.**

Gez. Hanna Haupt

Kaupke

Ausschussvorsitzende

Protokollantin